

Juni 2018

Bessere Bildung jetzt – Lehrerverbände im dbb fordern bessere Unterrichtsversorgung

- Verbesserung der organisatorischen, personellen und rechtlichen Voraussetzungen zur erfolgreichen Umsetzung der Inklusion
- Kein weiterer Stellenabbau und Beseitigung des Lehrermangels
- Gewährleistung einer angemessenen Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien sowie der notwendigen Infrastruktur

Die Lehrerverbände im dbb saar vertreten mit ihren 4500 Mitgliedern über 50 Prozent der Lehrkräfte im Saarland. Zudem stellen die dbb-Lehrerverbände 65 Prozent der Personalratssitze in den Hauptpersonalräten der einzelnen Schulformen.

Zu den Lehrerverbänden im dbb zählen:

- *Saarländischer Lehrerinnen- und Lehrerverband e.V. (SLLV),
Vorsitzende Lisa Brausch*
- *Verband Reale Bildung (VRB),
Vorsitzende Karen Claassen*
- *Saarländischer Philologenverband e.V. (SPhV),
Vorsitzender Dr. Marcus Hahn*
- *Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen e.V. (VLWS),
Vorsitzender Pascal Koch*
- *Verband der Lehrer an beruflichen Schulen e.V. (VLBS),
Vorsitzender Josef Paul*

Im Hinblick auf den Doppelhaushalt 2019/2020 und im Vorfeld der Haushaltseckdatenklausur von CDU und SPD am 17. und 18. Juni 2018 stellen die Lehrerverbände im dbb saar konkrete Forderungen an die Landesregierung. Die Lehrkräfte

im Saarland werden mit immer größeren Herausforderungen und steigenden Anforderungen konfrontiert. Flüchtlingsbeschulung, Umsetzung der Inklusionsverordnung ohne ausreichende Unterstützung, Umsetzung des neuen Leistungsbeurteilungserlasses, Erarbeitung digitaler Unterrichtskonzepte und die vielen außerunterrichtlichen Zusatzaufgaben führten zu einer enormen Mehrbelastung der Lehrkräfte.

Die **Lehrerverbände im dbb saar erwarten von der Landesregierung**, dass sie im Haushalt für die kommenden Jahre die Voraussetzungen schafft, um die tatsächlichen Aufgaben im Schulbereich zu bewältigen und die dringend notwendigen Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Daher hat der Ausschuss für Bildungspolitik des dbb saar seine Leitlinien zur Bildungspolitik ergänzt und weitere Forderungen an die saarländische Landesregierung und den Landesgesetzgeber formuliert.

Die Lehrerverbände im dbb saar erkennen die Herausforderung an, vor die die gravierenden finanziellen Probleme die Landespolitik im Saarland stellt. Die Lehrerverbände stimmen mit den befreundeten Gewerkschaften im dbb saar überein, dass nur eine vernünftige Mischung aus energischen Bundeshilfen, spürbaren Verbesserungen auf der Einnahmeseite von Land und Kommunen, wohlüberlegten Strukturmaßnahmen im Saarland und einer auf die Zukunft ausgerichteten Lösung der Altschuldenfrage mittelfristig dem Verfassungsauftrag gleichwertiger Lebensbedingungen in Deutschland gerecht wird. Die Lehrerverbände im dbb saar haben von Anfang an in ihrem Arbeitsbereich - genauso wie die befreundeten Gewerkschaften im dbb in ihren jeweiligen Bereichen - solidarisch und kompetent bei der Umsetzung der notwendigen Vorhaben mitgewirkt.

Die Verwirklichung des Ziels, im Zuge des Prozesses der zukunftssicheren Landesverwaltung im Bildungsbereich Qualitätsverbesserungen zu erzielen, ist nur teilweise gelungen. Das hängt zum Teil damit zusammen, dass eine der wichtigsten Planungsgrundlagen, nämlich die Entwicklung der Schülerzahlen, falsch eingeschätzt worden war. Diese Fehleinschätzung beruht zum einen auf einer fehlerhaften Prognose der Zahl der Kinder, zum anderen auf dem unerwarteten großen Zuzug von Schülern in den letzten Jahren. Zum Teil hängt die unzureichende Verwirklichung der Qualitätsverbesserungen auch damit zusammen, dass neue, zusätzliche und aufwändigere Aufgaben im Schulbereich errichtet wurden. Die Lehrerverbände im dbb saar erwarten von der Landesregierung, dass sie im Haushalt für die kommenden Jahre die Voraussetzungen schafft, um die tatsächlichen Aufgaben im Schulbereich zu bewältigen und die dringend notwendigen Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Dabei sind sich die Lehrerverbände im dbb saar einig, dass ein einfaches "Mehr" an Finanzmitteln keine Lösung für die zum Teil komplexen Problemstellungen im Schulbereich darstellt.

Folgende konkrete Forderungen und Erwartungen formulieren die Lehrverbände im dbb saar an die Landespolitik:

Im Bereich der **Inklusion** müssen die organisatorischen, personellen und rechtlichen Voraussetzungen verbessert werden. Die Lehrverbände im dbb saar fordern eine rasche Einrichtung des im Koalitionsvertrag vorgesehenen Kompetenzzentrums Inklusion, damit alle Ressourcen aus einer Hand fließen und es keine langen Wartezeiten auf Zuweisung wegen Kompetenzgerangel zwischen den einzelnen zuständigen Stellen mehr gibt. Des Weiteren müssen zeitnah die multiprofessionellen Teams an allen Schulen eingerichtet werden.

Die Inklusionsverordnung muss dahingehend geändert werden, dass auch für Schülerinnen und Schüler mit einer vermuteten Lernbehinderung ein sonderpädagogisches Gutachten erstellt wird.

Im Bereich der **Digitalisierung** besteht besonderer Handlungsbedarf bei der angemessenen Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien sowie vor allem bei der notwendigen Infrastruktur. Dazu gehört neben der breitbandigen Internet-Anbindung die Ausstattung mit moderner Hard- und Software. Die Lehrverbände im dbb saar kritisieren die gängige Praxis, dass die Wartung und Pflege der schuleigenen EDV-Ausstattung von Lehrkräften durchgeführt werden muss, die dafür oft genug nicht einmal ausreichende Freistellungen erhalten. Sie fordern eine konzertierte Aktion von Landesregierung und Schulträgern, um an jeder Schule eine angemessene und professionelle Betreuung der EDV-Ausstattung einzurichten.

In diesem Zusammenhang erinnern die Lehrverbände im dbb saar an die - bei der Regierungsbildung übrigens ins Auge gefasste - Forderung nach Schul- und Unterrichtsassistenten, die bei der Bewältigung der Vielzahl an bürokratischen, organisatorischen und technischen Aufgaben, vor denen Schulen und Lehrkräfte heute stehen, helfen können. Die Umsetzung dieses sinnvollen Vorhabens ist im Kontext von Inklusion und Digitalisierung dringend erforderlich.

Diese vielfältigen Herausforderungen können die Schulen nur bewältigen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu ist es unabdingbar, dass die Landesregierung einen weiteren Stellenabbau stoppt und den Lehrermangel beseitigt.

Zusätzlich zu diesen Forderungen hat jeder Lehrerverband im dbb, abgeleitet aus den besonderen schulspezifischen Problemen und Handlungsfeldern, eigene Forderungen formuliert.



v.l.n.r.:
 Lisa Brausch (SLLV),
 Marcus Hahn
 (SPhV),
 Simone Groh
 (Vorsitzende dbb
 Bildungsausschuss),
 Pascal Koch (VLW),
 Karen Klassen (VRB)

v.l.n.r.:
 Josef Paul (VLBS),
 Lisa Brausch (SLLV),
 Marcus Hahn (SPhV),
 Pascal Koch (VLW),
 Simone Groh
 (Vorsitzende dbb
 Bildungsausschuss),
 Fritz Singer
 (dbb Landesvorstand)

